

# Fraktion Wählergemeinschaft Lebenswertes Haan



Fraktion WLH - Am Kauerbusch 12 - 42781 Haan

An den Vorsitzenden des Ausschusses  
für Bauvergabe, Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten  
Herrn Tobias Kaimer  
Rathaus  
42781 Haan

**Antrag auf Sondersitzung des BVFO im August 2015  
zum Sicherheitskonzept Flüchtlingsunterkünfte**

15. August 2015

Sehr geehrter Herr Kaimer,

im Namen der Fraktion der WLH beantrage ich eine Sondersitzung des BVFO mit dem Top  
„Sicherheitskonzept Flüchtlingsunterkünfte“ für August 2015.

**Begründung:**

Aufgrund der nun erheblich ansteigenden Flüchtlingszahlen und den daraus resultierenden  
Konzentrationen von Asylbewerbern an einem Standort, bzw. angedachten Notunterbringungen in  
Turnhallen hat das Dezernat für Sicherheit und Ordnung nach unserer Einschätzung ein Konzept zur  
Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung zu erstellen.

Dies sollte dem zuständigen Ausschuss vorgelegt werden und zudem die Ausschreibungen für ein  
Sicherheitsunternehmen zur Übertragung von Sicherheitsdienstleistungen in Bereichen der erheblich  
belegten Unterkünfte, bzw. Notunterkünfte/Turnhallen.

Mit freundlichen Grüßen

Meike Lukat  
- Fraktionsvorsitzende WLH -

*Anlage 2***Michael Rennert - Mail vom 13.08.2015**

---

**Von:** Buergermeister  
**An:** Lukat, Meike  
**Datum:** Montag, 17. August 2015 09:14  
**Betreff:** Mail vom 13.08.2015  
**CC:** Formella, Dagmar; Alparslan, Engin; Rennert, Michael; Thal, Udo; Skr...

---

Sehr geehrte Frau Lukat,  
zu den Sitzungen des BKSA am 19. und SIA am 20. 08. 2015 hat die Verwaltung ausführliche Beratungsunterlagen erstellt, die öffentlich zugänglich sind. Hier werden u. a. Konzepte zur Unterbringung von Flüchtlingen vorgestellt und Beschlussvorschläge unterbreitet. Neue bzw. aktualisierte Informationen der Öffentlichkeit erfolgen zeitnah.

Die Versorgung und Integration der Flüchtlinge betrachtet die Verwaltung als eine sozialpolitische Aufgabe. Hierzu bedarf es eines besonnenen, planmäßigen Vorgehens. Daher habe ich eine Arbeitsgruppe eingerichtet, der alle Wahlbeamten sowie die mit dieser Aufgabe befassten Amtsleitungen angehören und die seit Ende letzten Jahres regelmäßig - zumeist wöchentlich - tagt. Hier wird auch - aktuell mit geplanter Beteiligung der Polizei - der Ablauf einer sofort angeordneten Unterbringung von Flüchtlingen in einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes auf dem Gebiet der Stadt Haan einschließlich Bestimmung und Schulung städtischer Dienstkräfte sowie Koordination mit privaten Anbietern und anderen Behörden wie z. B. dem Kreisgesundheitsamt vorbereitet.

Anzeichen, dass die Aufnahme von Flüchtlingen entgegen der bisherigen Sachlage zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung führt, sehe ich nicht. Dass latent bei einigen Menschen ein Gefühl der Unsicherheit im Umgang mit den Flüchtlingen vorhanden ist und andere sich z. B. wegen des finanziellen Aufwandes um die Zukunft von sich und ihren Angehörigen sorgen, schließe ich nicht aus. Es ist aber untunlich, derartige Ängste mit hektischem Aktionismus zu schüren. Es besteht aktuell kein Bedarf an einer verstärkten Präsenz städtischer Ordnungskräfte im öffentlichen Raum, zudem verfügt die Verwaltung mangels Übernahme ihres Konzeptes über kein entsprechendes Personal. Eine Störung kann weiterhin über die vorhandenen Möglichkeiten mitgeteilt werden.

Ob und inwieweit insbesondere bei einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes oder einem entsprechend stark belegten Übergangsheim der Stadt ein externes Sicherheitsunternehmen benötigt wird, bedarf noch einer Einzelfallprüfung. Die Bestimmungen der Zuständigkeitsordnung (hier zum BVFOA) werden von der Verwaltung beachtet, allerdings wären Bildung und Einberufung eines Sonderausschusses gesetzlich unzulässig.

Mit freundlichem Gruß  
vom Bover

Anlage 3

**Michael Rennert - öffentliche Anfrage zu einer Informationsveranstaltung - Anfrage  
Sondersitzung BVFO**

---

**Von:** Meike Lukat <meike.lukat@live.de>  
**An:** "buergermeister@stadt-haan.de" <buergermeister@stadt-haan.de>  
**Datum:** Donnerstag, 13. August 2015 05:46  
**Betreff:** öffentliche Anfrage zu einer Informationsveranstaltung - Anfrage Sondersitzung BVFO  
**CC:** Dagmar FORMELLA <dagmar.formella@stadt-haan.de>, FraktionWLH <fraktion@w...>

---

Sehr geehrter Herr vom Bover,

ich schreibe Sie in Ihrer Eigenschaft als Dezernent für Sicherheit und Ordnung der Stadt Haan an und ersuche um Mitteilung, wann Sie und Ihr Dezernat eine Informationsveranstaltung planen, um mit den Menschen in Haan zu den Notfallplänen der Stadt Haan im Bereich der Unterbringung von Asylbewerbern zu sprechen, diese über die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung zu informieren auch bei einer Belegung von Turnhallen und Konzentration von vielen Menschen an einem Standort, wie aktuell am Standort der Landesfinanzschule, an der Kaiserstraße geplant.

Da ich aufgrund der Bürgermeisterwahl seit Tagen jeden Abend 2 -3 Stunden im Haaner Stadtgebiet zu Fuß unterwegs bin, um die Flyer zur Wahl selbst zu verteilen, werde ich ständig von den Menschen vor Ort genau dazu angesprochen.

**Die Menschen vermissen eine umfassende Information!  
Die Menschen wünschen Informationen von Ihrem Dezernat in Kooperation mit der örtlich zuständigen Polizei.**

**Das Sicherheitsdezernat sollte den Haanerinnen und Haanern das Konzept zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung vorstellen, so u.a. Auskunft dazu geben,**

- wer die ständige Rufbereitschaft vom Dezernat für Sicherheit und Ordnung gewährleistet, Veröffentlichung einer Bereitschaftsnummer, Vorstellung der aktuellen Organisationsverfügungen

- wie an welchen Standorten, mit welcher maximalen Belegung aktuell geplant wird und wer dort vom Dezernat für Sicherheit und Ordnung, bzw. eines externen Sicherheitsunternehmens, so bei einer massiven Belegung von Standorten, der Ansprechpartner ist

- wie die Zusammenarbeit in diesem Bereich mit der örtlich zuständigen Polizeibehörde stattfindet

**Als Fraktionsvorsitzende der WLH ersuche ich zudem um Mitteilung, wann ein Sonderausschuss des zuständigen Ausschusses für Bau, Vergabe, Feuerschutz und Ordnungsangelegenheiten zeitnah stattfindet, da gem. der neuen Zuständigkeitsordnung der Stadt Haan dort zu den Ausschreibungen von Aufträgen, die eine Übertragung von Hausrechten oder Unterstützung bei ordnungsbehördlichen Aufgaben vorsehen, beraten und entschieden werden muss!**

Mit freundlichen Grüßen

Meike Lukat  
- Fraktionsvorsitzende WLH-

**Fraktion Wählergemeinschaft Lebenswertes Haan**

Geschäftsstelle: Berliner Str. 6, 42781 Haan

Tel.: 02129/343531 (AB)

Vorsitzende Meike Lukat, Am Kauerbusch 12, 42781 Haan Tel:

02129/6649

stellv. Vorsitzender Peter Schniewind, Kirchstr. 20, 42781 Haan, Tel:

02129/7014

Email: [Ratsfraktion@wlh-haan.de](mailto:Ratsfraktion@wlh-haan.de) [www.wlh-haan.de](http://www.wlh-haan.de)

WZ  
WESTDEUTSCHE ZEITUNG

24. August 2015 - 19:26 Uhr

## Flüchtlinge: Bürgerwollen Securitydienst

Von Alexandra Rüttgen

Leser-Kommentare: 4



Als im Februar 2014 der Sozialausschuss die zur Flüchtlingsunterkunft umfunktionierte alte Grundschule Bachstraße besichtigte, war noch niemandem klar, wie sehr sich die Situation verschärfen würde.  
Archiv / Staschik

Haan. In Anwohnern, die am Mittwochabend, 12. August, den Polizeieinsatz vor dem Flüchtlingsheim an der Bachstraße beobachteten, wuchs ein mulmiges Gefühl. Rund 15 Männer südländischer Herkunft hielten sich unberechtigt auf dem Gelände auf, suchten offenbar Streit mit Bewohnern.

### **Polizisten kamen mit gezückten Waffen**

Die lautstark ausgetragene Randale, bei der auch die Eingangstüre der Unterkunft beschädigt wurde, beendete die Polizei einem Bürger zufolge (Name der Redaktion bekannt) mit gezückten Waffen. Ein solcher Anblick löst in den Beobachtern Befremden, Sorge und Angst aus. Die Zahl der Flüchtlinge in Haan wächst Monat um Monat um je 30 Personen.

War bis vor einiger Zeit noch davon die Rede, in der innerstädtisch gelegenen Landesfinanzschule lediglich 60 Flüchtlinge unterbringen zu wollen, sind es jetzt fast 200. Von „Verdichtung“ spricht die Stadtverwaltung für alle Flüchtlingsstandorte und muss doch selbst mit einem unguuten Gefühl zusehen, wie das von ihr einst für gut befundene, sozial verträgliche Maß weit überschritten werden muss, um die der Stadt Haan zugewiesenen Flüchtlinge noch irgendwie unterzubringen.

Hinzu kommt die Erfordernis einer intensiveren Betreuung dieser Unterkünfte, die über die punktuellen Besuche der ehrenamtlich arbeitenden Caritas und die Streifenfahrten der Polizei hinaus gehen muss. Die Einrichtung von vier neuen Hausmeisterstellen zur Umsetzung eines 24-Stunden-Bereitschaftsdienstes in allen Unterkünften schlägt die Stadtverwaltung vor.

Für die einen schon zu teuer, für die anderen noch zu wenig. Auch an der Bachstraße wächst ein Konzentrationspunkt, wenn im ehemaligen VHS-Gebäude sowie der Turnhalle weitere Flüchtlinge untergebracht werden sollen. „Die Kita Bachstraße wäre damit links und rechts von Flüchtlingen umringt“, gab CDU-Ratsherr Tobias Kaimer im Sozialausschuss zu bedenken.

„Das sind insgesamt 230 Flüchtlinge in Unterhaan. Da weiß ich nicht, ob es einfach mit einer 24-Stunden-Rufbereitschaft getan ist.“ Und Meike Lukat (WLH) betonte: „Die Willkommenskultur fängt in dem Moment an zu bröckeln, wenn sich die Nachbarn nicht mehr sicher fühlen.“

Lukat forderte daher im Sozialausschuss erneut nachdrücklich einen Sicherheitsdienst. Damit sprach sie vielen der 50 Zuhörern aus dem Herzen.

## **Leserkommentare (4)**

von Marianne Gierling | 01.09.15 - 00:32 Uhr

Wie gut, dass es Menschen gibt, die sich in der Frage der aktuellen Situation von "Flüchtlingsströmen", die Europa erreichen, besonders Deutschland und Österreich, aber auch Haan und alle anderen Städte, so detailliert und kenntnisreich äußern können. Vielen Dank an den Verfasser des Leserkommentars, der mich mit erheblich mehr Informationen versorgt hat als jede Nachrichtensendung, jede Talkshow u.a. in Funk und Fernsehen und jeder Zeitungsartikel. Lediglich durch einen kundigen Gesprächspartner, der bei der Bezirksregierung Düsseldorf arbeitet, konnte ich ähnlich wichtige Informationen bekommen und stelle fest, sie decken sich mit denen des Verfassers.

Was den Sicherheitsdienst angeht, der in den Erstaufnahmeeinrichtungen durch das Land NRW bereit gestellt wird, so habe ich dazu die weiter gehende Information bekommen, dass die Bediensteten der Bezirksregierung, die diesen versehen, mit ihrer Aufgabe ausgesprochen zufrieden sind, d.h. sie tun sie gerne.

Was die Sicherheitsvorkehrungen für die Bewohner von Unterkünften betrifft, bin ich derselben Ansicht wie der Verfasser.

Städte wie Berleburg, wo durch den privaten Sicherheitsdienst großer Mist in einem Heim gebaut wurde, erleiden durch solche Vorfälle einen erheblichen Imageschaden. Wie ich kürzlich im Radio hörte, ist dort eine große Zahl von ehrenamtlich tätigen Bürgern wieder Frieden in der Stadt eingekehrt. Ich selbst wohne in Hilden und erlebe hier wie in Haan, zu dem man als Hildener ja in mancher Weise verbunden ist, siehe Zweckverband Volkshochschule, genau dasselbe, was der Leserbriefschreiber sagt: eine große Solidarität gegenüber den geflüchteten bzw. vertriebenen Menschen aus ihren Ländern, in denen im schlimmsten Fall Krieg oder totales Chaos herrschen, auch Verfolgung und Gefängnis mit Folter, Armut und Elend und solche, in denen das zwar nicht unbedingt vorkommt, wo es jedoch zumindest keine Zukunft für Kinder und junge Erwachsene gibt, weil Bildung für alle nicht an der Tagesordnung ist und wenig Arbeit für die Erwachsenen da ist.

von B.G. | 27.08.15 - 01:14 Uhr

Liebe Leserinnen und Leser,

auch auf die Gefahr hin hier jetzt nur noch für die Galerie zu schreiben, sehe ich mich infolge der vorliegenden sowie auch der bisherigen Berichterstattungen in den anderen lokalen Medien veranlasst, diese doch einmal zur Information der Haaner BürgerInnen etwas umfassender anzureichern. Am Anschluss daran werde ich dann meine Sicht der Dinge über die vehemente Forderung der WLH zur Einrichtung eines privaten Sicherheitsdienstes in den Flüchtlingsunterkünften in Haan darlegen.

1) Zunächst sollte beachtet werden, dass es sich bei dem Vorfall am 12.08.15 in der Flüchtlingsunterkunft Bachstraße um einen Angriff bzw. ein Eindringen auf/in die Flüchtlingsunterkunft durch eine Gruppe von außen gehandelt hat. Angriffe von Seiten der in Haan lebenden Flüchtlinge auf Anwohner bzw. Haaner Bürger sind bislang nicht bekannt und hat es m.W. auch tatsächlich nicht gegeben.

Bedauerlicherweise ist es doch – wie der Vorfall in der Bachstraße sowie insbesondere die fortwährenden und aktuellen erschreckenden Ereignisse in anderen Städten unserer Republik zeigen – vielmehr so, dass eher die Flüchtlinge selbst einer Bedrohungslage ausgesetzt sind. In Haan vermag ich jedoch, Gott sowie insb. der großen Hilfsbereitschaft der Haaner BürgerInnen sowie des verantwortungsvollen und besonnenen Handelns der Haaner Stadtpolitik und Verwaltung sei Dank, bislang keine akute Gefährdungslage für die Flüchtlinge sowie insb. auch nicht für die Anwohner zu erkennen.

Insgesamt habe auch ich den Eindruck, dass in Haan bislang eine Willkommenskultur für die Flüchtlinge gelebt wird, die vorbildlich ist. Die zweifelsohne bestehenden Sorgen und Ängste bei Teilen der Bevölkerung – die m.E. zumeist aus Unwissenheit bzw. falschen Informationen herrühren – nehmen die Verantwortlichen in unserer Stadt in meinen Augen nicht nur ernst, sondern versuchen diese auch durch die notwendige Aufklärung sowie das Ergreifen der erforderlichen Maßnahmen zu nehmen. Um sich davon selbst ein Bild zu verschaffen, kann ich jedem, der sich über die Situation der Flüchtlinge in unserer Stadt informieren möchte, sei es weil er Fragen, Sorgen oder Ängste hat oder sich ehrenamtlich engagieren möchte, nur empfehlen, an den öffentlichen Rats- und Ausschusssitzungen zu diesem Thema, den Bürgerinformationsveranstaltungen u.a. zur Einrichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte teilzunehmen, sich bei der Caritas zu informieren und/oder Samstag nachmittags das Flüchtlingscafé im evangelischen Haus an der Kirche zu besuchen.

2) Richtig ist, dass auch die Stadt Haan seit Juli dieses Jahres mit einer monatlich weiter gestiegenen Zahl von Flüchtlingszuweisungen durch die zuständige Bezirksregierung Arnsberg umzugehen hat. Diese machen ein Zusammenrücken in den bestehenden sowie aktuell in Planung/Errichtung befindlichen Flüchtlingsunterkünften sowie die Schaffung zusätzlicher Unterkünfte zwingend erforderlich. Hieran arbeitet derzeit die Haaner Stadtverwaltung mit Hochdruck, was parteiübergreifend durch entsprechende – einstimmige - Beschlüsse in den zuständigen politischen Gremien der Stadt Haan unterstützt wird.

3) Darüber hinaus trifft die Verwaltung – ebenfalls einstimmig unterstützt – aktuell Vorbereitungen für den Fall eines sog. „Amtshilfeersuchens“ der Bezirksregierung. Wie bereits in anderen Städten in NRW geschehen, bedeutet dies, dass die Bezirksregierung Städte per Verfügung dazu auffordert, binnen nur weniger Stunden eine Notunterkunft für die sog. Erstaufnahme von rd. 150 Flüchtlingen einzurichten. Die Erstaufnahme der Flüchtlinge ist Aufgabe der Länder. In NRW sind aber die Kapazitäten der bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes ausgeschöpft, so dass das Land die Städte zur Amtshilfe auffordert.

Hierbei muss man aber beachten, dass bislang nur Städte mit einer Einwohnerzahl ab 40.000 derartige Amtshilfeersuchen erhalten. Ob also Haan eine solches Amtshilfeersuchen der Bezirksregierung erhält, steht bislang noch gar nicht fest. Ausgeschlossen werden kann dieses aber natürlich nicht.

Deshalb ist es gut und richtig, dass sich unsere Stadt vorsorglich auch auf einen solchen Fall vorbereitet. Denn die weitüberwiegende Zahl der bislang betroffenen Städte hat dies ziemlich unvorbereitet getroffen. Aber es ist, das kann man nach den ersten Erfahrungen der betreffenden Städte wohl festhalten, auch in diesen Städten die Einrichtung entsprechender Notunterkünfte mit der Unterstützung gemeinnütziger Institutionen, Ärzten, Dolmetschern etc. sowie insb. einer großen Hilfsbereitschaft auch innerhalb der Bevölkerung gut gelungen.

Sollte die Stadt Haan dennoch in den nächsten Wochen ein solches Amtshilfeersuchen der Bezirksregierung erhalten, ist hierfür zunächst die Unterbringung in der Turnhalle Steinkulle vorgesehen, was derzeit vorsorglich sowie in meinen Augen äußerst gewissenhaft durch die betreffenden Ämter in der Haaner Stadtverwaltung vorbereitet wird.

Zudem wird derzeit seitens der Verwaltung geprüft, ein leerstehendes Bürogebäude in Gruiten für die Unterbringung von über 100 Flüchtlingen zu erwerben und entsprechend herzurichten, welches dann zum Ende des ersten Quartals 2016 zur Verfügung stehen könnte.

Städte, die im Rahmen eines solchen Amtshilfeersuchens Notunterkünfte für die Erstaufnahme von 150 Flüchtlingen eingerichtet haben, müssen sich nach aktueller Aussage des Innenministers NRW auf eine etwa 6-monatige Dauer der Notunterbringung dieser Menschen zur Erstaufnahme einrichten, bevor diese entweder abgeschoben oder zur Unterbringung in den kommunalen Gemeinschaftsunterkünften oder von den Kommunen angemieteten Wohnungen zugewiesen bzw. verteilt werden. Die Städte, die ein solches Amtshilfeersuchen erhalten haben, bekommen demgegenüber für einen gewissen Zeitraum keine Flüchtlinge für die kommunale Unterbringung in den Gemeinschaftsunterkünften mehr zugewiesen.

Die Kosten für die Unterbringung in den kommunalen Notunterkünften für die Erstaufnahme werden den Kommunen – anders als im Falle der Zuweisungen für die kommunale Unterbringung – ganz überwiegend durch das Land erstattet. Hierzu zählen insb. auch die Kosten für die in diesen Notunterkünften „verpflichtend“ zu beauftragenden Sicherheitsdienste, welche dort rund um die Uhr sowie stets mit drei Personen anwesend sein müssen. So die aktuelle Vorgabe des Landes NRW.

Für alle Städte, insb. auch solche, welche - wie Haan – aufgrund des Unterschreitens der 40.000er Einwohnermarke (zumindest bislang) akut derartige Amtshilfeersuchen nicht zu erwarten haben, besteht zudem die Möglichkeit, sich freiwillig für die Einrichtung von Notunterkünften für die Erstaufnahme von Flüchtlingen anzubieten. Hierzu haben sich bereits mehrere Städte in NRW gemeldet, insb. auch solche, die nur knapp über 40.000 Einwohner haben und bereits einem ersten Amtshilfeersuchen nachgekommen sind. Es handelt sich hier also um Städte die bereits über Nacht und zumeist völlig unvorbereitet bereits die ersten 150 Flüchtlinge neben den bereits fest zugewiesenen Menschen aufgenommen haben und jetzt ein zweites Mal 150 Flüchtlinge auf einmal sowie für einen zeitlich begrenzten Zeitraum aufzunehmen bereit sind. Auch erklären sich dazu einige Städte, die tlw. deutlich weniger Einwohner als Haan haben, aber bereits Notunterkünfte für die Zentrale Unterbringung (ZUE) für mehrere 100 Menschen eingerichtet haben, freiwillig bereit.

Dies allein ist in meinen Augen ein deutliches Zeichen dafür, dass in diesen Städten durch die verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen in nicht unbeträchtlicher Größenordnung eine Bedrohungslage weder für die Flüchtlinge sowie insb. auch nicht für die eigene Bevölkerung entstanden ist. Das deckt sich im Übrigen mit meinen Informationen, die ich aus persönlichen Gesprächen mit einigen Verwaltungen von betroffenen Kommunen in NRW erhalten habe.

4) Vor diesem Hintergrund möchte ich abschließend zu der von der WLH gestellten Forderung für einen Sicherheitsdienst auch für die bestehenden Gemeinschaftsunterkünfte in Haan Folgendes anmerken:

Ich habe an vergangenem Donnerstag die gemeinsame Sitzung des Sozialausschuss und BKSA besucht und die von den BürgerInnen und Eltern geäußerten Sorgen und Ängste sowie auch die Reaktionen der WLH bzw. der Frau Lukat vernommen.

Mit Frau Lukat stimme ich grundsätzlich darin überein, dass die Ängste und Sorgen der Bevölkerung ernst genommen werden müssen. Auch hat sie wahrscheinlich recht damit, wenn sie sagt, dass die Willkommenskultur in unserer Stadt gefährdet werden könnte, wenn die Sorgen und Ängste in der Bevölkerung nicht abgebaut werden.

Was mich jedoch in diesem Zusammenhang an den Äußerungen der Frau Lukat, welche sie im unmittelbaren Vorfeld und Nachgang via Pressemitteilungen sowie während dieser Sitzung mündlich vorgetragen hat, nachhaltig sowie noch gelinde ausgedrückt irritiert, ist Folgendes:

So wird von ihr ein Sicherheitsdienst auch für die kommunalen Gemeinschaftsunterkünfte in Haan vehement gefordert, ohne sich aber selbst erkennbar die Mühe zu machen, den BürgerInnen und Eltern die von ihnen geäußerten Sorgen durch eine ordnungsgemäße Aufklärung über die Fakten zu nehmen. Jedenfalls habe ich dies ihren öffentlichen Statements – anders als dies bspw. andere Parteien sehr sachlich und informativ in der Form von Info-Mails über die aktuellen Entwicklungen zu diesem Thema in unserer Stadt tun - bislang nicht entnommen.

Zudem scheint die WLH bzw. Frau Lukat – ob gewollt oder ungewollt – zu verkennen, warum und für welchen Zweck private Sicherheitsdienste ganz vorwiegend in den kommunalen Gemeinschaftsunterkünften (hier nur ausnahmsweise sowie vorwiegend in anderen Bundesländern) sowie in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder bzw. in den kommunalen Notunterkünften für die Erstaufnahme verpflichtend eingesetzt werden. So geht es hierbei vor allem um den Schutz der Bewohner in diesen Einrichtungen vor Angriffen von außen sowie – im Falle der Notunterkünfte zur Erstaufnahme – auch dem Schutz der Bewohner vor Streitigkeiten untereinander, der hier vor allem aufgrund der beengten räumlichen Verhältnisse mit wenig Rückzugsmöglichkeiten unbestritten entstehen kann, sichergestellt werden muss. Sicherheitsdienste in Flüchtlingsunterkünften sind jedoch nicht dafür da und auch nicht geeignet, die Anwohner vor vermeintlichen Übergriffen durch Flüchtlinge zu schützen, was aufgrund der bisherigen Erkenntnisse – insb. auch in unserer Stadt – wohl auch überhaupt nicht erforderlich ist. Aber gerade diese bestehenden Sorgen will die WLH mit ihrer Forderung nach einem privaten Sicherheitsdienst auch in den kommunalen Gemeinschaftsunterkünften versuchen zu nehmen.

Darüber hinaus fehlt es in meinen Augen hierfür an einer Auseinandersetzung bzw. Information mit/zu der Frage, welche Möglichkeiten für einen solchen Sicherheitsdienst, bei größeren Streitigkeiten wie bspw. dem Vorfall am 12.08.2015 in der Bachstraße, tatsächlich bestehen.

Auch vermisste ich eine Auseinandersetzung mit der Frage, dass der Einsatz privater Sicherheitsdienste erwiesenermaßen nicht nur positive sondern auch negative Folgen haben kann. Schließlich hat das Land NRW nicht umsonst die Anforderungen an die Beauftragung sowie die Eignung von privaten Sicherheitsdiensten für die Erstaufnahmeeinrichtungen – in denen ausnahmslos solche verpflichtend eingesetzt werden müssen - erst im Oktober des vergangenen Jahres erhöht.

Eine in meinen Augen unter Beachtung der tatsächlich bestehenden Situation in unserer Stadt grundsätzlich gebotene Abwägung zwischen Sinn und Zweck privater Sicherheitsdienste mit deren Nutzen und Folgen, vermisste ich bei den Forderungen der WLH ebenfalls.

Bei allem Respekt vor den durchaus beachtlichen Anstrengungen der WLH und insb. der Frau Lukat, die ich in anderen Angelegenheiten auch mal teilen und unterstützen kann, möchte ich an dieser Stelle aber einmal deutlich sagen:

„Liebe WLH, liebe Frau Lukat, das was Sie hier machen geht für mich in die völlig falsche Richtung. Denn anstatt mit Fakten belegte Aufklärung zu betreiben, spielen Sie hier – ob bewusst oder unbewusst – mit den zweifelsohne bestehenden und ernstzunehmenden Sorgen und Ängsten insb. von Anwohnern und Eltern. Das halte ich vor dem vorbeschriebenen Hintergrund für blinden Aktionismus. Denn diese Forderung ist aus meiner Sicht gerade nicht geeignet die Sorgen und Ängste zu nehmen, sondern im Gegenteil vielmehr dazu geeignet diese noch weiter zu schüren.“

Nach der anstrengenden Sitzung des SIA und BKSA in der vergangenen Woche, die in einem Rutsch zu einer erheblichen Zahl von Beschlüssen führte und in der sich erkenn- sowie nachvollziehbar das ein oder andere Ausschussmitglied etwas überfahren fühlte, hoffe ich, dass sich in den weitergehenden Beratungen insb. zu diesem Punkt die Gemüter noch einmal besinnen und die maßgeblichen Fakten für ihre Entscheidung zugrunde legen.

Abschließend bitte ich höflich um Verständnis, dass ich hier ausnahmsweise aus bestimmten Gründen einmal nicht unter meinem vollständigen Namen schreibe. Ich gehe aber fest davon aus, dass die namentlich erwähnten bzw. sich angesprochen gefühlten Personen, aufgrund des verwendeten Kürzels sicher auf meine Person schließen können, was so der Fairness halber selbstverständlich gewollt aber auch ausreichend ist. Vielen Dank.

In diesem Sinne verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

B.G.

von Hans Werner (\*) | 25.08.15 - 08:23 Uhr

Was waren das noch für Zeiten, als Rudi Dutschke randalierte, aber es war beherrschbar !  
Was sich hier in Deutschland bald abspielen wird, das hat ganz andere Dimensionen !

von egal | 25.08.15 - 22:05 Uhr

Häää? Die Glaskugeln gibt es doch erst ab nächsten Donnerstag beim Discounter... Woher kennen Sie die Zukunft denn heute schon? Sie haben wohl magische Fähigkeiten, cool.

## IN FLÜCHTLINGSUNTERKÜNFTE

<https://beauftragter-missbrauch.de>

09.09.2015

**Rörig stellt erstmals Checkliste für Mindeststandards gegen sexuelle Gewalt in Flüchtlingsunterkünften vor. Hilfeportal und Hilfetelefon des Missbrauchsbeauftragten bieten ab sofort weitere Informationen zu Schutz und Hilfen für Flüchtlingskinder.**

**Berlin/Würzburg, 09.09.2015.** Als Gastredner Ihrer Majestät **Königin Silvia von Schweden**, Stifterin der World Childhood Foundation, setze sich der **Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig**, auf der heutigen Fachtagung „Ein sicherer Ort für Flüchtlingskinder - Hilfe und Zukunft“ in Würzburg dafür ein, geflüchtete Mädchen und Jungen in Deutschland besser vor sexueller Gewalt zu schützen.

**Rörig:** „Ich bin in größter Sorge, dass die vielen geflüchteten Mädchen und Jungen in Zeltlagern, Turnhallen oder ehemaligen Kasernen nicht ausreichend vor sexueller Gewalt geschützt sind. Es ist eine enorme Herausforderung für Bund, Länder und Kommunen, jetzt schnell Unterkünfte für hunderttausende Flüchtlinge zu schaffen dabei darf der Schutz der geflüchteten Kinder aber nicht aus dem Blick geraten. Gemeinschaftsunterkünfte sind keine geeigneten Lebensorte für Kinder. Intimität, Rückzugsorte und kindgerechte Räume sind vielfach nicht gegeben. Die Abläufe in Flüchtlingsunterkünften sind oft wenig geordnet und sehr dynamisch. Wir wissen aber, dass es Einrichtungen, in denen es keine klaren Strukturen und Regeln gibt und in denen sich noch dazu besonders schutzbedürftige Kinder aufhalten, Tätern leicht machen, unbeobachtet Nähe zu Kindern herzustellen und sexuelle Übergriffe zu begehen - unter dem Deckmantel des gutherzigen Helfers, aber auch als Bewohner der Einrichtung.“

Rörig mahnte in seiner Rede sowie auf der anschließenden Pressekonferenz Ihrer Majestät, dass es höchste Zeit sei, jetzt Mindeststandards in Unterkünften zum Schutz der Flüchtlingskinder vor sexueller Gewalt einzuführen. Hierzu gehören personelle und räumliche Standards wie die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses, betreute Spiel- und Freizeitangebote für Kinder oder nach Geschlechtern getrennte Duschräume. Auch der schnelle Zugang in das deutsche Bildungssystem und eine Integration der geflüchteten Mädchen und Jungen in Kitas, Schulen oder Ausbildungsstätten sei ein wichtiger Faktor, minderjährige Flüchtlinge durch einen festen Tagesablauf zu stabilisieren.

Rörig stellte auf der Fachtagung erstmals eine Checkliste für Mindeststandards in Flüchtlingsunterkünften vor, die ab heute auf den Informationsportalen des Beauftragten zum kostenfreien Download zur Verfügung steht.

Zusätzliche Informationen zu Schutz und Hilfen für Flüchtlingskinder bieten das Hilfeportal und das Hilfetelefon des Beauftragten. Auf dem „Hilfeportal Sexueller Missbrauch“ sind ab heute unter der Rubrik „Hilfe für Flüchtlinge“ zahlreiche Kontakte zu Beratungsstellen und Vereinen aufgeführt, die zum Schutz von Flüchtlingskindern vor sexueller Gewalt beraten und Hilfen vor Ort vermitteln können. Weitere Auskünfte zu Mindeststandards und zu Schutz und Hilfen für Flüchtlingskinder gibt es auch beim kostenfreien „Hilfetelefon Sexueller Kindesmissbrauch“ des Beauftragten.

# Checkliste

## Mindeststandards zum Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt in Flüchtlingsunterkünften

### I. PERSONELLE STANDARDS

Werden hauptberuflich und ehrenamtlich Helfende zu sexueller Gewalt gut sensibilisiert und informiert?

Werden Helfende auf die Notwendigkeit einer unvoreingenommenen und kultursensiblen Haltung gegenüber den geflüchteten Menschen hingewiesen?

Gibt es gleichermaßen weibliche und männliche Helfende?

Müssen hauptberuflich und ehrenamtlich Helfende, denen Flüchtlingskinder anvertraut werden, ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen?

Oder wird alternativ vorübergehend eine Selbstverpflichtungserklärung unterzeichnet?

### II. RÄUMLICHE STANDARDS

Gibt es abschließbare Toiletten?

Sind geschlechtergetrennte Duschkmöglichkeiten vorhanden?

Können sich Kinder und Jugendliche in einem betreuten Spiel- und Freizeitbereich aufhalten?

Ist eine separate Unterbringung von alleinstehenden Müttern mit ihren Kindern gewährleistet?

### III. INFORMATIONS- UND HILFSANGEBOTE

Werden kultursensible Informations- und Hilfsangebote leicht verständlich und in allen relevanten Sprachen bereitgestellt?

Ist eine Ansprechperson benannt, an die man sich bei Verdacht wenden kann?

Ist dafür Unterstützung durch Sprachmittlerinnen und Sprachmittler sichergestellt?

Gibt es eigene Informationen für geflüchtete Kinder, besonders zu ihren Rechten?

Gibt es einen Notfallplan, der vermittelt, was bei Verdacht auf sexuelle Gewalt zu tun ist?

Kooperiert die Flüchtlingsunterkunft mit einer Beratungsstelle?